

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 11.03.2010 um 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 7)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab (ohne Ziffern 2 und 3)  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos (ohne Ziffer 2 – bis Ziffer 8)  
Stadträtin Kahnt  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Bürgermeisterin Regan  
Stadträtin Wachter  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (ab 18.10 Uhr, Ziffer 1)  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner  
Bauamtsleiter Janner  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Böhm  
Stadtrat Günther  
Frau Schlötter  
Herr Pfrenzinger

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass Tagesordnungspunkt 8 „Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße – Beitragsrechtliche Situation, Erhebung von Vorausleistungen“ nicht behandelt werde und die Beschlussfassung nach der Anliegerversammlung am 17.03.2010 erfolge.

### 1. Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Hotels im Bereich der Mainpromenade, Schrankenstraße 33 und 35

A. Oberbürgermeister Müller verweist eingangs kurz auf die mögliche Gestaltung des Hotels an der Mainpromenade im Bereich der Schrankenstraße 33 und 35 und weist darauf hin, dass dieses mindestens eine Klassifizierung von 2 bis 3 Sternen haben sowie ein möglichst hochwertiges gastronomisches Angebot erhalten sollte. Hinsichtlich der Unterbringung der Stadtjugendpflege sowie des Bürgerzentrums verweist er auf verschiedene Alternativen und erklärt, dass der Standort kein Nachteil zum Gegenwärtigen Zustand bedeuten dürfe und, dass die Innenstadtnähe gewährleistet sein müsste. Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent spricht sich für die Errichtung des Hotels am Main aus. Eine Klassifizierung sehe er eher zwischen 3 und 4, um möglichst die Konkurrenz zu den bestehenden Hotels und die Abwanderung von Gästen in bessere Hotels ins Umland zu vermeiden. Ebenso plädiert er für eine rechtzeitige Unterbringung des Jugendhauses und des Bürgerzentrums. Hinsichtlich des Hotels müsste noch über die Details gesprochen werden.

Stadträtin Wallrapp als Tourismusreferentin spricht sich ebenfalls für das Hotel am Main aus und bezeichnet es als Bereicherung für den Mainkai und für Kitzingen. Ihrer Auffassung nach sollten auch Konferenzen in diesem Hotel abgehalten werden können. Auch spricht sie sich für die rechtzeitige Unterbringung des Jugendhauses und des Bürgerzentrums aus.

Stadträtin Stocker als Referentin für Familien- und Jugendangelegenheiten ist der Auffassung, dass für das Jugendhaus eine adäquate Alternative gefunden werden müsse, wobei die Stadtjugendpflege einzubeziehen ist. Sie bezeichnet diese Umsetzung auch als mögliche Chance des Jugendhauses. Dem Hotel stimme sie ebenfalls zu.

### B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

#### a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion freut sich über den Standort, da auch das ISEK diesen Standort vorgeschlagen habe. Neben der Umgestaltung des Mainkais wäre dies eine zusätzliche Aufwertung des Bereichs. Eine Klassifizierung befürworte er nach 3 Sternen sowie ein entsprechendes gastronomisches Angebot. Ebenfalls spricht er sich für eine entsprechende Alternative für das Jugendhaus sowie die Stadtjugendpflege aus. Die Räumlichkeiten im Keller (WC und Bocksbeutelkeller) sollte auch weiterhin für das Weinfest genutzt werden können.

- b) CSU-Stadtratsfraktion:  
Stadträtin Schwab verweist auf die Ausführungen von Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent.
- c) SPD-Stadtratsfraktion:  
Stadträtin Dr. Endres-Paul ist der Auffassung, dass eine entsprechende Qualität des Hotels gegeben sein und die Durchführung des Weinfestes an dieser Stelle auch weiterhin ermöglicht werden sollte. Sie stimmt dem Beschlussentwurf zu.
- d) FW-Stadtratsfraktion:  
Stadträtin Wallrapp bittet die Klassifizierung sowie die gastronomische Nutzung im Beschlussentwurf aufzunehmen. Ebenfalls bittet sie um Beachtung der Punkte „Parkplätze und Nutzung Bockbeutelkeller“. Darüber hinaus müsse die Alternative für die Jugendpflege bereits vor Baubeginn feststehen.
- e) KIK-Stadtratsfraktion:  
2. Bürgermeister Christof könnte sich eine Umsetzung des Hotels am Main im Grunde vorstellen, jedoch fehlen ihm für eine sachgemäße Entscheidung noch sehr viele Informationen beispielsweise zum Preis, den Parkplätzen, den Grundstücksverhältnissen, der Einfügung zum Mainkai, der Beachtung des Denkmalschutzes uvm. Darüber hinaus widerstrebe es ihm im Sinne der Gleichbehandlung einen Bewerber überproportional zu fördern und gleichzeitig die weiteren Hoteliers in Kitzingen zu beschädigen. Ebenso ist es erforderlich für das Jugendhaus sowie das Bürgerzentrum einen adäquaten Ersatz zu finden, wobei er zu Bedenken gibt, dass dieser Ersatz möglicherweise nur mit hohen Haushaltsmitteln erreicht werden könne. Seiner Auffassung nach müssten zunächst die Rahmenbedingungen sowie die Sicherheit des Bürgerzentrums feststehen, bevor der Beschluss auf Errichtung des Hotels gefasst werden könne.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:  
Stadträtin Schmidt spricht sich ebenfalls im Grunde für ein Hotel und einer gehobenen Gastronomie am Mainkai aus, jedoch hätte man die Zeit seit der ersten Vorstellung Anfang Februar für die weiteren Gespräche und Planungen auch im Bezug auf das Jugendhaus und dem Bürgerzentrum nutzen können. Da die Rahmenbedingungen noch nicht festlegen spricht sie sich gegen das Hotel am Main aus.
- g) ProKT-Stadtratsgruppe:  
Stadtrat Schardt spricht sich für die Errichtung des Hotels als Aufwertung des Bereiches am Main und als Bereicherung für Kitzingen aus.
- C. Stadträtin Glos stellt den Antrag, dass unter einer neuen Ziffer 3 im Beschlussentwurf eine adäquate, fußläufige und zentrale Ersatzmöglichkeit für das Jugendhaus und das Bürgerzentrum sichergestellt werden müsste.  
Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zur Abstimmung zu stellen und weist aufgrund der Anregungen zu den Rahmenbedingungen darauf hin, dass zunächst der Wille des Stadtrates abgefragt werden müsste, bevor Herr Stetter die Planungen über ein fremdes Gebäude beginnen könne. Darüber hinaus werde man dem Stadtrat vor Vertragsabschluss den selbigen nochmals vorlegen.

#### D. Mit 23 : 6 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat begrüßt grundsätzlich die Absicht der Fa. Stetter Bau, Memmingen, im Bereich der Schrankenstraße 33 und 35 ein Hotel (min. 3 Sterne) mit gehobener Gastronomie errichten zu wollen.
3. Für die Stadtjugendpflege und das Bürgerzentrum sind so rechtzeitig angemessen Räumlichkeiten in zentraler Lage bereitzustellen, dass beide Einrichtungen ihre Angebote kontinuierlich betreiben können.

2. Ergänzung / Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Kitzingen vom 03.05.2004

**Mit 25 : 2 Stimmen**

Der Punkt 7.2 der o.g. Gebührenordnung wird um folgende neue Position ergänzt:

7. Gebühren

7.2 Gebühren für besondere Medien

„Konsolenspiele                      1,50 € pro 2 Wochen / Medieneinheit“

Diese Neuerung tritt zum 01.04.2010 in Kraft.

3. Zuschuss zur Außensanierung der Kath. Pfarrkirche St. Georg in Hoheim Baulast am Kirchturm – Erhöhungsantrag

**A. Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Die Mehrkosten für die Renovierung des Turmes (100 % Baulast bei Stadt Kitzingen) in Höhe von 13.880 € werden anerkannt, somit insgesamt 43.380 €

**B. Mit 25 : 2 Stimmen**

2. Die Mehrkosten bei der Außenrenovierung der Pfarrkirche Hoheim werden anerkannt und ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von 1.790 € gewährt, somit insgesamt 16.250 €

4. Bildung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten des Haushaltsjahres 2009 zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2010

**Mit 28 : 0 Stimmen**

I. Haushaltseinnahmereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2009 noch nicht angeordneten Einnahmen des Vermögenshaushalts werden in Höhe von 2.812.300 € als Haushaltseinnahmereste in das Haushaltsjahr 2010 übertragen.

II. Haushaltsausgabereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2009 noch nicht verbrauchten Ausgabemittel des Vermögenshaushalts werden in Höhe der folgenden Beträge als Haushaltsausgabereste in das Haushaltsjahr 2010 übertragen.

**Alte Reste**

**3.587.886,45 €**

<b>Neue Reste</b>	<b><u>6.049.845,54 €</u></b>
<b>Haushaltsausgabereste insgesamt</b>	<b><u>9.637.731,99 €</u></b>

III. Es besteht Einverständnis damit, entsprechend dem Ergebnis der Jahresrechnung 2009 die Haushaltsreste zu ändern.

5. Feststellung der Jahresrechnung 2007 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe sowie Entlastung der Verwaltung

**Mit 28 : 0 Stimmen**

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird die Jahresrechnung 2007 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe nach Durchführung der örtlichen Prüfung festgestellt und die Entlastung erteilt.

6. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm - Stadtbau West; Rahmenkonzept für Stadtmöblierung

A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag und auf die Förderung der Regierung von Unterfranken in Höhe von 25.000,00 €, die somit nicht im erhofften Umfang ergehe. Da diese Förderung nur bei einer Umsetzung des Gesamtkonzeptes (Kosten in Höhe von 175.000,00 €) erfolge, sollte auf den Zuschuss verzichtet werden und die Umsetzung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel vonstatten gehen. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass Mittel in Höhe von ca. 40.000,00 € (7.500,00 € aus einer Spende und 32.000,00 € als Haushaltsausgabereist) zur Verfügung stünden, worauf Bauamtsleiter Janner ergänzt, dass das Bauamt prüfen werde, in welchem Umfang ggf. durch Anpassung der Standards die Stadtmöblierung Zug um Zug ausgetauscht werden könnte. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass bei allen gegenwärtigen Maßnahmen (u.a. Mainkai) eine Ausstattung mit neuen Bänken erfolge.

**B. Mit 28 : 0 Stimmen**

Die Stadtmöblierung wird nicht nach dem vom Stadtbauamt ausgearbeiteten Rahmenkonzept (Gesamtkosten 175.000 €) durchgeführt. Auf den bewilligten Zuschuss in Höhe von 25.000 € wird verzichtet.

7. Umgestaltung Mainpromenade, 2. BA – Beitragsrechtliche Situation; hier: Erhebung von Vorausleistungen

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

**Mit 23 : 4 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt wird Vorausleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) auf der Grundlage der Ausbaubeitragssatzung (ABS) vom 11.07.2005 in Verbindung mit der Sondersatzung vom 09.07.2009 erheben.

8. Bebauungsplan Nr. 88 „Siegfried-Wilke-Straße/Repperndorfer Straße“;  
hier: Aufhebung des Beschlusses zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens

- A. Stadtplaner Neumann geht ausführlich auf die Tagesordnungspunkte zum weiteren Vorgehen im Bereich der Siegfried-Wilke-Straße/Repperndorfer Straße ein (Ziffern 8 bis 10 der Niederschrift) und stellt dar, dass durch ein neues Instrument des BauGB in Form des § 13 a eine Umsetzung des Zentrenkonzeptes in diesem Bereich schneller vonstatten gehen könnte. Hierfür müsse zunächst der ursprüngliche Beschluss aufgehoben sowie die Einleitung des Verfahrens nach § 13 a BauGB eingeleitet werden, worüber im gleichen Schritt wieder eine Veränderungssperre zu legen wäre, um die entsprechenden Ergebnisse des Zentrenkonzeptes einfließen lassen zu können.

Im folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über dieses Instrumentarium, wobei jeder Redner die Argumente dafür und dagegen vorbringt. Kritisch wird geäußert, dass durch eine weitere Veränderungssperre mögliche Bauwerber erneut auf eine Baugenehmigung warten müssten, ohne dass die Entwicklung vorangetrieben wird. Positiv hingegen wird ein möglicher Schutz der Innenstadt gesehen, wenn durch das Einfließen des Zentrenkonzeptes der Rahmen neu festgelegt wird.

Bauamtsleiter Janner weist darauf hin, dass auch bei einer Veränderungssperre Vorhaben genehmigt werden können, wenn sie den Zielen des Bebauungsplan nicht widersprechen.

**B. Mit 29 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 88 „Siegfried-Wilke-Straße/ Repperndorfer Straße“ vom 07.12.2006.

9. Bebauungsplan Nr. 92 „Stadteingang Siegfried-Wilke-Straße/ Repperndorfer Straße“: Aufstellungsbeschluss nach § 13a BauGB

**Mit 15 : 14 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 92 „Stadteingang Siegfried-Wilke-Straße/ Repperndorfer Straße“ als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB). Ziele der Planung sind:
  - a. Die Festsetzung eines städtebaulichen Rahmens zur Gestaltung des Stadteingangsbereiches;
  - b. Die Festsetzung von überbaubaren Bereichen sowie Art und Maß der baulichen Nutzung;
  - c. Die Festsetzung zulässiger Verkaufsflächen und Sortimente nach dem fortgeschriebenen Zentrenkonzept der Stadt Kitzingen.
3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst folgende Flurnummern der Gemarkung Kitzingen:  
3674/5, 3675/1, 3677/1, 3678/35 teilweise, 3679, 3679/2, 3680, 3681/8, 3682, 3682/2, 3682/5, 3682/8, 3682/9 teilweise, 3683, 3684/2, 3684/4, 3684/5, 3684/9

10. Erlass einer Satzung über eine Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 92 „Stadteingang Repperndorfer Straße/ Siegfried-Wilke-Straße“

**A. Mit 14 : 15 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt den Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 92 „Stadteingang Siegfried-Wilke-Straße/ Repperndorfer Straße“.

B. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Beschlussentwurf abgelehnt wurde und eine Veränderungssperre nicht erlassen werde.

11. Städtebauliche Rahmenplanung Harvey Barracks II und III

- Billigung des Vorentwurfes
- Beschluss zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

A. Stadtplaner Neumann geht ausführlich auf die Rahmenpläne II und III ein und stellt den Inhalt der jeweiligen Pläne dar. Er stellt die Dimensionen der Harvey Barracks im Vergleich zum Gewerbegebiet Großlangheimer Straße bzw. der Altstadt dar und erklärt, dass im Rahmenplan II und III 30 ha gewerbliche Flächen erschlossen werden können. Besonders weist er auf zu erhaltende Gebäude hin sowie auf die Schienentrasse, die für einen Logistiker möglicherweise interessant sein könnte. Nach der Bürgerbeteiligung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange soll im Juni 2010 dem Stadtrat der Rahmenplan zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion spricht sich gegen die Erstellung von Rahmenplänen aus, da dies kein gesetzlich festgelegtes Verfahren sei und seiner Auffassung lediglich Arbeitskraft bindet. Es wäre wichtiger und effektiver den Flächennutzungsplan zu forcieren.

Stadtrat Moser fragt nach, ob im Bereich der FFH-Flächen Photovoltaikanlagen errichtet werden könnten. Darüber hinaus verweist er auf die weiteren versiegelten Flächen in den Konversionsgebieten.

Stadtplaner Neumann stellt dar, dass es sich bei einer Photovoltaikanlage auch um eine bauliche Anlage handelt und deshalb diese in die FFH-Flächen eingreifen würde, was nach dem Verschlechterungsverbot nicht erlaubt sei. Auf den Konversionsflächen seien viele Flächen vorhanden, wo eine Photovoltaikanlage möglich wäre, worüber sich der Stadtrat in naher Zukunft beschäftigen müsse.

Stadtrat Pauluhn regt an, die Flächen des Rahmenplan III die nächsten 20 bis 25 Jahre für Photovoltaikanlagen vorzusehen, da seiner Auffassung nach in diesem Zeitraum ohnehin keine Entwicklung auf diesem Gebiet möglich sei.

Oberbürgermeister Müller macht deutlich, dass gerade auf der Fläche des Rahmenplans III einer der interessantesten Investoren nachgefragt habe.

**B. Mit 23 : 6 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat billigt den Vorentwurf der Städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks II und III und beschließt die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit.

12. Städtebauliche Rahmenplanung für das Gebiet der Harvey Barracks:  
hier: Grundsatzbeschluss zur Festlegung der künftigen Haupteerschließungsachsen

**Mit 26 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt als zukünftig beabsichtigte Haupteerschließungsstrasse für das Gebiet der Harvey Barracks:
  - d. als Haupteerschließung die West-Ost-Achse, im Lageplan als Trasse A dargestellt und
  - e. als Haupteerschließung die Nord-Süd-Achse, im Lageplan als Trasse B dargestellt.

13. Feuerwehrgerätehaus Repperndorf  
hier: Bau und Gestaltung der Außenanlagen

**Mit 29 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den Umgriff des Feuerwehrgerätehauses nach den Plänen des Stadtbauamtes vom 03.03.2010 zu gestalten. Die Kosten betragen ca. 52.000,00 € brutto.
3. Es besteht Einverständnis, die Arbeiten vom Städtischen Bauhof durchführen zu lassen.
4. Im Haushalt 2010 werden auf der HH-Stelle 1.6370.9584 35.000,00 € bereitgestellt. Die Haushaltsreste der HH-Stelle 1.6370.9582 in Höhe von ca. 17.700,00 € werden übertragen.

14. Antrag der CSU vom 24.02.2010: Entwicklung der Konversionsfläche in Marshall Heights

A. Stadtrat Moser geht ausführlich auf seinen Antrag auf Abriss von Wohneinheiten (ca. 70 %) in den Marshall Heights ein und begründet diesen mit der erstellten Wohnungsmarktanalyse, welche die BIMA in Auftrag gegeben hat und die Möglichkeit auf Vermarktung aller Wohneinheiten sieht. Zur besseren Verhandlungsposition gegenüber der BIMA sollte ein Beschluss auf Abriss mancher Wohneinheiten gefasst werden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Wohnungsmarktanalyse zu den Wohnungsbaugesellschaften mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet wurde. Nach Feststehen der Ergebnisse sollen diese im Gremium beraten werden, wonach ein Vorgehen zum Verbleib der Wohneinheiten festgelegt werden könne. Seiner Auffassung nach sei es unumgänglich, eine gewisse Anzahl von Wohneinheiten abzureisen, jedoch müsse man beachten, dass dies auch unter Berücksichtigung der gewerblichen Entwicklung geschehen müsse, da dann ein Bedarf an Wohnungen bestehen könnte.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag und das weitere Vorgehen, worauf Bürgermeisterin Regan den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

**B. Mit 25 : 4 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Bürgermeisterin Regan wird stattgegeben.

C. Nach weiterer Diskussion und der Zusage von Oberbürgermeister Müller, nach Vorliegen der Erkenntnisse der Wohnungsbaugesellschaften zur Wohnungsmarktanalyse, einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen der Wohnheiten in den Marshall Heights zu unterbreiten, zieht Stadtrat Moser den Antrag der CSU vom 24.02.2010 zurück.

15. Information von Oberbürgermeister Müller  
Anliegerversammlung Friedrich-Ebert-Straße

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Anliegerversammlung zur Friedrich-Ebert-Straße nicht in der Aula der Friedrich-Bernbeck-Schule sondern im aufgrund der Barrierefreiheit im Paul-Eber-Haus stattfindet.  
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer